

71. Kindererziehungs- und Kindererziehungsergänzungszuschlag

71.0.1

Kindererziehungs- und Kindererziehungsergänzungszuschlag sollen die mit der Kindererziehung in der Regel verbundenen Einschränkungen in der Alterssicherung ausgleichen.

71.0.2 Gemeinsame Hinweise zu den Zuschlägen zum Ruhegehalt

71.0.2.1

¹Die Festsetzung der Zuschläge erfolgt mit Ausnahme der vorübergehenden Gewährung von Zuschlägen nach Art. 73 von Amts wegen. ²Vorrangig ist stets der Kindererziehungszuschlag. ³Neben dem Kindererziehungs- und Kindererziehungsergänzungszuschlag ist nur die Gewährung eines Pflegezuschlags möglich.

71.0.2.2

¹Die Gewährung des Kindererziehungs-, Kindererziehungsergänzungs- und Kinderpflegeergänzungszuschlages setzt voraus, dass die für den jeweiligen Zuschlag zu berücksichtigende Zeit dem Beamten oder der Beamtin zuzuordnen ist. ²Die Zuordnung richtet sich in diesen Fällen nach Nr. 71.3.

71.0.2.3

¹Die Zuschläge sind keine eigenständigen Versorgungsbezüge, sondern Bestandteil des Ruhegehalts und insoweit Bestandteil der Bemessungsgrundlage sowohl des Unterhaltsbeitrags nach Art. 29 als auch der laufenden Hinterbliebenenversorgung, nicht jedoch anderer Versorgungsbezüge (z.B. des Unterhaltsbeitrags nach Art. 55 oder des Übergangsgeldes nach Art. 67). ²Beim Tod eines Ruhestandsbeamten oder einer Ruhestandsbeamtin sind die Zuschläge als Teil des Ruhegehalts Bestandteil der Bemessungsgrundlage des Sterbegeldes nach Art. 33. ³Die Zuschläge bleiben bei der jährlichen Sonderzahlung außer Betracht (Art. 76 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1).

71.0.2.4

¹Die Zuschläge sind vergleichbar den Zuschlägen nach den §§ 50a bis 50e BeamtVG. ²§ 3 Nr. 67 EStG ist dementsprechend auf die Zuschläge anzuwenden. ³Für die Berechnung des nach Anwendung von Anrechnungs- Ruhens- und Kürzungsvorschriften im Mindestbelassungsbetrag enthaltenen, steuerfreien Anteils der Zuschläge wird auf Nr. 71.8.3 verwiesen.

71.0.2.5

¹Bei der Berechnung der Zuschläge sind die versorgungsrechtlichen Rundungsvorschriften zu beachten (vgl. Art. 5 Abs. 5). ²Zwischenrechnungen sind stets zu runden.

71.1 Anspruchsvoraussetzungen des Kindererziehungszuschlags (Abs. 1 bis 4)

71.1.1

¹Anspruch auf Kindererziehungszuschlag besteht, wenn der Beamte oder die Beamtin ein nach dem 31. Dezember 1991 geborenes Kind erzogen hat. ²Dies gilt nicht, wenn er oder sie wegen der Kindererziehung in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig war und die allgemeine Wartezeit für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt. ³Die allgemeine Wartezeit kann auch nur durch Kindererziehung selbst erfüllt sein (z.B. durch zwei nach dem 31. Dezember 1991 geborene Kinder). ⁴Wegen der Zuordnung vgl. Nr. 71.3.

71.1.2

Entsteht der Anspruch auf eine dem Kindererziehungszuschlag entsprechende Leistung in der gesetzlichen Rentenversicherung (beispielsweise durch Erfüllung der Wartezeit) erst nach Eintritt des Versorgungsfalles, fällt der Kindererziehungszuschlag mit dem Ablauf des Monats weg, in dem die Voraussetzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt werden.

71.2 Berechnung der Kindererziehungszeit

¹Zu berücksichtigen sind Kindererziehungszeiten für längstens 36 Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt des Kindes. ²Wird während dieser Zeit ein weiteres Kind erzogen, wird die dreijährige Kindererziehungszeit für das weitere Kind berücksichtigt, indem sich die Kindererziehungszeit um die Anzahl der Kalendermonate der gleichzeitigen Erziehung verlängert. ³Dies gilt entsprechend bei Mehrlingsgeburten. ⁴Im Ergebnis werden somit für zwei Kinder sechs Jahre, für drei Kinder neun Jahre usw. berücksichtigt. ⁵Die Kindererziehungszeit endet vorzeitig etwa im Falle des Todes des Kindes, des Eintritts des oder der Anspruchsberechtigten in den Ruhestand, des Todes des oder der Anspruchsberechtigten oder des Wechsels der Zuordnung der Erziehungszeit zu einem anderen Elternteil. ⁶Begonnene Kalendermonate sind voll zu berücksichtigen.

Beispiel 1:

Geburt des Kindes A	24. November 1995
Beginn der Erziehungszeit	1. Dezember 1995
Geburt des Kindes B	25. Mai 1997
Beginn der Erziehungszeit	1. Juni 1997
Kindererziehungszeit	bis 30. November 2001 = 72 Monate
Kindererziehungszuschlag	72 Monate x 3,00 € = 216,00 €

Beispiel 2:

Geburt des Kindes	24. November 2008
Beginn der Erziehungszeit	1. Dezember 2008
Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit mit Ablauf des (= Ende der Erziehungszeit)	31. Juli 2011
Kindererziehungszeit	= 32 Monate
Kindererziehungszuschlag	32 Monate x 3,00 € = 96,00 €

71.3 Zuordnung der Zuschläge

¹Die Zuordnung der Kindererziehungszeit bestimmt sich nach § 56 Abs. 2 SGB VI. ²Der Begriff des Elternteils ist in § 56 Abs. 1 Nr. 3 (Eltern) und Abs. 3 Nrn. 2 und 3 (Stiefeltern und Pflegeeltern) SGB I definiert. ³Für die Zuordnung gilt Folgendes:

71.3.1 Gemeinsame Erziehung

¹Haben beide Elternteile das Kind gemeinsam erzogen, war die Erziehungszeit einem Elternteil zuzuordnen (§ 56 Abs. 2 Satz 2 SGB VI). ²Dies gilt auch dann, wenn beide Elternteile gemeinsam die Elternzeit nach den Vorschriften des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes in Anspruch genommen haben.

³Gemeinsam erziehende Eltern können durch Abgabe einer übereinstimmenden Erklärung bestimmen, bei welchem Elternteil die Kindererziehungszeit berücksichtigt werden soll (§ 56 Abs. 2 Sätze 3 bis 7 SGB VI).

⁴Die Erklärung der Zuordnung, die auch auf einen bestimmten Teil (mindestens volle Kalendermonate) der Erziehungszeit beschränkt werden kann, ist mit Wirkung für künftige Kalendermonate abzugeben. ⁵Sie kann rückwirkend für bis zu zwei Kalendermonate vor Abgabe der Erklärung erfolgen. ⁶Die Erklärung ist sowohl gegenüber der zuständigen personalverwaltenden Stelle (zu den Personalakten) als auch gegenüber dem für den anderen Elternteil zuständigen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung oder – wenn der andere Elternteil ebenfalls Beamter oder Beamtin ist – gegenüber der für ihn oder ihr zuständigen

personalverwaltenden Stelle abzugeben. ⁷Wird eine übereinstimmende Erklärung nicht, nicht übereinstimmend oder sonst nicht rechtswirksam, insbesondere nicht rechtzeitig abgegeben, ist eine Zuordnung nur im Rahmen der überwiegenden Erziehung möglich.

⁸Liegt keine wirksame übereinstimmende Erklärung vor, wird die Kindererziehungszeit bei dem Elternteil berücksichtigt, der das Kind – nach objektiven Gesichtspunkten betrachtet – überwiegend erzogen hat.

⁹Kann der überwiegende Erziehungsanteil eines Elternteils nicht festgestellt werden bzw. sind die Erziehungsbeiträge nach objektiven Maßstäben in etwa gleichgewichtig, wird die Kindererziehungszeit nach § 56 Abs. 2 Satz 8 SGB VI der Mutter zugeordnet.

71.3.2 Alleinerziehend

¹Ist ein Elternteil alleinerziehend, erfolgt die Zuordnung zu dem Elternteil, in dessen Haushalt das Kind lebt.

²Dabei kommt es nicht darauf an, dass der oder die Alleinerziehende alleinig sorgeberechtigt ist. ³Eine Zuordnung durch gemeinsame Erklärung ist bei Alleinerziehenden nicht möglich. ⁴Alleinerziehung liegt nicht vor, wenn die Eltern einen gemeinsamen Haushalt führen.

71.4 Höhe des Kindererziehungszuschlags

71.4.1

¹Bei der Ermittlung der Kindererziehungszeit (vgl. Nr. 71.2) sind Kalendermonate wegen der Beschränkungen des Abs. 4 Satz 2 in Teilmonate aufzusplitten, wenn sich während des Monats die Berechnungsgrundlagen der ruhegehaltfähigen Dienstzeit verändern (vgl. Nr. 71.4.2.3). ²Anfallende Tage sind in Dezimalmonate umzurechnen, wobei auf die Anzahl der Tage des jeweiligen Kalendermonats abzustellen ist.

71.4.2 Begrenzung des Kindererziehungszuschlags auf das während der Kindererziehungszeit höchstens erdienbare Ruhegehalt

¹Der Kindererziehungszuschlag darf zusammen mit dem auf die Kindererziehungszeit entfallenden Anteil des erdienten Ruhegehalts das Ruhegehalt nicht übersteigen, das sich bei Berücksichtigung der Kindererziehungszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit für diesen Zeitraum ergeben würde. ²Die Berechnung ist jeweils gesondert für jeden Zeitraum durchzuführen, in dem sich der Umfang einer zu berücksichtigenden ruhegehaltfähigen Dienstzeit (z.B. durch Wechsel von Vollzeitbeschäftigung auf Teilzeitbeschäftigung) geändert hat.

71.4.2.1

¹Wurde in der Zeit der Kindererziehung ein Ruhegehaltsanspruch erdient, ist der auf diese Zeit entfallende Anteil des Ruhegehalts zu ermitteln. ²Bei der Berechnung des anteiligen Ruhegehalts ist das erdiente Ruhegehalt vor Anwendung eines Versorgungsabschlags nach Art. 26 Abs. 2 oder Versorgungsaufschlags nach Art. 26 Abs. 4 und ohne den Unterschiedsbetrag nach Art. 69 Abs. 2 anzusetzen. ³Der Berechnung ist folgende Formel zugrunde zu legen:

$$\text{Ruhegehalt} \times \frac{\text{Zeit der Kindererziehung in Dezimaljahren}}{\text{Gesamtdienstzeit in Dezimaljahren}} = \text{Anteil des in der Kindererziehungszeit erdienten Ruhegehalts}$$

Beispiel:

Kindererziehungszeit 1 Jahr und 6 Monate bei Teilzeitbeschäftigung mit 40 v. H. der Regelarbeitszeit

$$2.319,32 \text{ €} \times \frac{40 \text{ v. H. von } 1 \text{ Jahr } 182 \text{ Tagen} = 218,8 \text{ Tage} : 365 = 0,6 \text{ Jahre}}{32,48 \text{ Jahre}} = 42,84 \text{ €}$$

71.4.2.2

¹Danach ist für die Höchstgrenze nach Satz 2 das auf die Kindererziehungszeit entfallende anteilige fiktive Ruhegehalt zu ermitteln. ²Bei der Ermittlung des Ruhegehalts ist Nr. 71.4.2.1 Satz 2 zu beachten. ³Diese Höchstgrenze errechnet sich nach folgender Formel:

$$\text{Fiktives erdienbares Höchstruhegehalt} \times \frac{\text{Zeit der Kindererziehung in Dezimaljahren}}{\text{Fiktive Gesamtdienstzeit in Dezimaljahren}} = \text{Anteil des auf die Kindererziehungszeit entfallenden fiktiven Höchstruhegehalts}$$

Beispiel:

Kindererziehungszeit 1 Jahr und 6 Monate

$$2.383,68 \text{ €} \times \frac{1 \text{ Jahr } 182 \text{ Tagen} : 365 = 1,5 \text{ Jahre}}{33,38 \text{ Jahre}} = 107,12 \text{ €}$$

71.4.2.3

Übersteigt die Summe aus Kindererziehungszuschlag und anteiligem Ruhegehalt, die Höchstgrenze, ist der Kindererziehungszuschlag um den übersteigenden Betrag – gegebenenfalls bis auf Null – zu kürzen.

Beispiel:

Ruhegehalt ab 1. Juli 2011: 1.985,32 €

Gesamte ruhegehaltfähige Dienstzeit: 27,8 Jahre

Kindererziehungszeit für ein Kind: geboren am 17. Oktober 1995

Vollbeschäftigung (Mutterschutzfrist): 1. November 1995 bis 13. Dezember 1995 = 43,0 Tage

Teilzeitbeschäftigung (4/10): 14. Dezember 1995 bis 15. April 1997 = 195,2 Tage

Teilzeitbeschäftigung (6/10): 16. April 1997 bis 31. Oktober 1998 = 338,4 Tage

Kindererziehungszuschlag pro Monat: 3,00 €

Kindererziehungszeit von bis	Dezimalmonate	Kindererziehungszuschlag (KEZ)	Ruhegehaltfähige Dienstzeit in Dezimaljahren	Anteiliger Ruhegehalt (AntR G)	Fiktives Ruhegehalt in Dezimaljahren	Fiktives Ruhegehalt (Höchstgrenze)	AntR G und KEZ übersteigen HGr um	KEZ begründet auf
------------------------------	---------------	--------------------------------	--	--------------------------------	--------------------------------------	------------------------------------	-----------------------------------	-------------------

des Zeitrums
 gesamte Dienstzeit
 gesamte Dienstzeit
 davon entfallende

Abs. 3a SGB VI (Höherbewertung von Beitragszeiten) hat (Abs. 5 Nr. 2), die eine Wartezeit von mindestens 25 Jahren rentenrechtlicher Zeiten voraussetzt.

71.5.6.2

Der Kindererziehungsergänzungszuschlag wird nicht für Zeiten gewährt, für die ein Kindererziehungszuschlag zusteht.

71.6 Höhe des Kindererziehungsergänzungszuschlags

71.6.1

Die Höhe des Kindererziehungsergänzungszuschlags berechnet sich durch die Multiplikation des entsprechenden Betrages mit der Zeit der Kindererziehung oder der Pflege in Dezimalmonaten (vgl. Nr. 71.4.2).

Beispiel:

Für die gleichzeitige Erziehung von zwei Kindern bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres des älteren Kindes in der Zeit vom 1. April 1995 bis 31. März 2000 und der Erziehung des jüngeren Kindes bis zur Vollendung dessen 10. Lebensjahres bei gleichzeitiger Teilzeitbeschäftigung mit 1/2 im Beamtenverhältnis vom 1. April 2000 bis 31. März 2001 beträgt der Kindererziehungsergänzungszuschlag:

1. April 1995 bis 31. März 2000: $60 \times 0,76 \text{ €} = 45,60 \text{ €}$

1. April 2000 bis 31. März 2001: $12 \times 0,57 \text{ €} = 6,84 \text{ €}$

Insgesamt: 52,44 €

71.6.2 Begrenzung des Kindererziehungsergänzungszuschlags auf das während der Kindererziehung höchstens erdienbare Ruhegehalt

Die Ausführungen zu den Nrn. 71.4.2 bis 71.4.2.3 gelten entsprechend.

Beispiel:

Siehe oben Nr. 71.6.1

Gesamte ruhegehaltfähige Dienstzeit: 31 Jahre

Ruhegehalt (angenommen): 1.527,81 €

Monatlicher Kindererziehungsergänzungszuschlag:

Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 0,76 €

Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 0,57 €

Kindererziehungszeit von bis	Dezimalmonate	Kindererziehungsergänzungszuschlag (KEEZ)	Ruhegehaltfähige Dienstzeit in Tagen	Ruhegehaltfähige Dienstzeit in Dezimaljahren	Anteilige Ruhegehalt (AntRG)	Höchste Grenze (HGr)	AntRG und KEEZ übersteigen HGr um	KEEZ begrenzt auf
1. April 1995 31. März 2000	60,00	45,60 €	0,00	0,00	0,00 €	246,40 €	0,00 €	45,60 €
1. April 2000 31. März 2001	12,00	6,84 €	182,50	0,50	24,64 €	31,05 €	0,43 €	6,41 €
					Kindererziehungszuschlag begrenzt			52,01 €

71.7 Begrenzungen der Zuschläge auf das Höchstruhegehalt

71.7.1

¹Durch den Kindererziehungs- und Kindererziehungsergänzungszuschlag darf das Höchstruhegehalt nach dem Amt, das dem Ruhegehalt des Beamten oder der Beamtin zugrunde liegt, nicht überschritten werden.

²Das Höchstruhegehalt ist durch Anwendung des Höchstruhegehaltssatzes auf die ruhegehaltfähigen Bezüge der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt des Beamten oder der Beamtin berechnet, zu ermitteln. ³Art. 103 Abs. 1 und Art. 107 ist zu beachten.

71.7.2

Übersteigt das um die Zuschläge erhöhte tatsächliche Ruhegehalt des Beamten oder der Beamtin diesen Betrag, wird der Zuschlag entsprechend – gegebenenfalls bis auf Null – gekürzt.

Beispiel:

Ruhegehaltfähige Bezüge:	3.250,00 €
Ruhegehalt:	1.800,00 €
Kindererziehungszuschlag:	70,25 €
Ruhegehalt (einschließlich Kindererziehungszuschlag):	1.870,25 €
Ruhegehaltfähige Bezüge der Endstufe der versorgungswirksamen Besoldungsgruppe:	3.250,00 €
Höchstruhegehaltssatz:	71,75 v. H.
Erreichbare Höchstversorgung	2.331,88 €
Ruhegehalt (einschließlich Kindererziehungszuschlag):	1.870,25 €
Übersteigender Betrag/Kürzung des Kindererziehungszuschlages:	0,00 €
Ergebnis: Keine Kürzung des Kindererziehungszuschlages	

71.7.3

Erhöhen zwei Zuschläge das Ruhegehalt und wird die Höchstgrenze insgesamt überschritten, erfolgt die Kürzung der Zuschläge anteilmäßig um die mit folgender Formel zu ermittelnden Beträge:

$$\frac{\text{Übersteigender Betrag} \times \text{jeweiliger Zuschlag}}{\text{Gesamtbetrag der Zuschläge}} = \text{anteiliger Kürzungsbetrag}$$

Beispiel:

Ruhegehaltfähige Bezüge:	3.250,00 €
Kindererziehungszuschlag:	155,10 €
Pflegezuschlag:	40,69 €
Gesamtbetrag Zuschläge:	195,79 €
Ruhegehalt:	2.200,00 €
Ruhegehalt (einschließlich Zuschläge):	2.395,79 €
Ruhegehaltfähige Bezüge aus der Endstufe der versorgungswirksamen Besoldungsgruppe:	3.250,00 €
Höchstruhegehaltssatz:	71,75 v. H.
Erreichbare Höchstversorgung:	2.331,88 €
Ruhegehalt (einschließlich Zuschläge):	2.395,79 €
./.. erreichbare Höchstversorgung:	2.331,88 €
übersteigender Betrag:	63,91 €
Gekürzter Kindererziehungszuschlag:	

$$155,10 \text{ €} - 50,63 \text{ €} \quad \left(\frac{63,91 \text{ €} \times 155,10 \text{ €}}{195,79 \text{ €}} \right) = 104,47 \text{ €}$$

Gekürzter Pflegezuschlag:

$$40,69 \text{ €} - 13,28 \text{ €} \quad \left(\frac{63,91 \text{ €} \times 40,69 \text{ €}}{195,79 \text{ €}} \right) = 27,41 \text{ €}$$

71.7.4

¹Treffen die Zuschläge mit Mindestversorgung nach Art. 26 Abs. 5 zusammen, werden die Zuschläge nur in Höhe des Betrages gezahlt, um den erdientes Ruhegehalt und Zuschläge die Mindestversorgung übersteigen. ²Damit wird sichergestellt, dass Empfänger von Mindestversorgung und Zuschlägen bei der Berechnung der Sonderzahlung nach Art. 75 ff. nicht schlechter gestellt werden als Empfänger, die nur Mindestversorgung beziehen.

71.8 Berücksichtigung von Versorgungsab- und -aufschlägen sowie Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften

71.8.1

Die Zuschläge nehmen an der Verminderung des Ruhegehalts durch einen Versorgungsabschlag nach Art. 26 Abs. 2 oder einer Erhöhung durch einen Versorgungsaufschlag nach Art. 26 Abs. 4 teil.

71.8.2

Bei der Anwendung von Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften gelten die Zuschläge als Teil des Ruhegehaltes und sind in Summe Gegenstand der Regelung.

71.8.2.1

Im Rahmen von Hinzuverdienstregelungen ist der Höchstgrenze das um die Zuschläge erhöhte Ruhegehalt gegenüber zu stellen.

71.8.2.2

Die Zuschläge sind in die Berechnung der Mindestbelassung nach Art. 83 Abs. 3 und Art. 84 Abs. 3 und 4 Satz 2 einzubeziehen.

71.8.2.3

¹Bei der Rentenanrechnung nach Art. 85 Abs. 1 ist das Ruhegehalt gemeinsam mit den Zuschlägen und der anrechenbaren Rente der Höchstgrenze nach Art. 85 Abs. 2 gegenüber zu stellen. ²Das der Höchstgrenze zugrunde liegende fiktive Ruhegehalt ist nicht um die Zuschläge zu erhöhen. ³Bei der Anwendung der erweiterten Ruhensberechnung des Art. 26 Abs. 6 sind die Zuschläge als Bestandteil des Ruhegehalts zu berücksichtigen.

71.8.3

¹Auf Grund der Steuerfreiheit der Zuschläge nach § 3 Nr. 67 EStG sind die im Restruhegehalt oder dem Mindestbelassungsbetrag anteilig enthaltenen Zuschläge jeweils nach folgender Formel zu berechnen und steuerfrei zu belassen:

$$\frac{\text{Ungeminderter Zuschlag} \times \text{Restruhegehalt oder Mindestbelassungsbetrag}}{\text{Ungeminderte Gesamtversorgung}}$$

²Sind die Zuschläge Bestandteil der Bemessungsgrundlage eines Versorgungsbezugs (z.B. Witwengeld oder Sterbegeld), ist der Versorgungsbezug in vollem Umfang zu versteuern, da die Zuschläge nicht mehr als anteiliger Bestandteil des Versorgungsbezugs erhalten sind.

71.8.4

Wegen der Berücksichtigung der Zuschläge nach Art. 71 bis 73 im Rahmen der Auskunftserteilung an das Familiengericht siehe Nr. 8 der Anlage 1 (Versorgungsausgleich).

71.9 Erziehung eines vor dem 1. Januar 1992 geborenen Kindes vor der Berufung in ein Beamtenverhältnis

71.9.1

¹Ein Kindererziehungszuschlag für ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind kommt nur dann in Betracht, wenn der Erziehende im maßgeblichen Erziehungszeitraum nicht in einem Beamtenverhältnis stand. ²Bestand das Beamtenverhältnis während der Erziehung eines vor dem 1. Januar 1992 geborenen Kindes, ist die Zeit eines Erziehungsurlaubs oder einer sonstigen erziehungsbedingten Freistellung vom Dienst nach Art. 103 Abs. 2 bis zu dem Tag ruhegehaltfähig, an dem das Kind sechs Monate alt wird. ³Die entsprechende Anwendung der Abs. 1 bis 4, 7 und 8 erfolgt mit der Maßgabe, dass als Kindererziehungszeit höchstens zwölf Kalendermonate berücksichtigt werden.

71.9.2

¹Ein Kindererziehungszuschlag wird auch für die Zeit der Erziehung eines Kindes gewährt, die zwischen einem früheren, durch Entlassung beendeten, und einem späteren (versorgungsbegründenden) Beamtenverhältnis liegt. ²Die Erziehung des Kindes ist insoweit im Sinn des Abs. 9 vor der Berufung in ein Beamtenverhältnis erfolgt. ³Stand der Beamte oder die Beamtin nicht während des ganzen Zeitraums der Kindererziehung im Beamtenverhältnis, führt dies zu einem Wechsel der Anspruchsgrundlagen des Abs. 9 und des Art. 103 Abs. 2. ⁴Die beiden unterschiedlichen Berechnungssysteme knüpfen den jeweiligen Anspruch nicht an die Geburt des Kindes innerhalb oder außerhalb des Beamtenverhältnisses, sondern an dessen Erziehungszeit. ⁵Der Kindererziehungszuschlag ist für diejenige Zeit einer Kindererziehung zu gewähren, die vor oder zwischen einem früheren und einem späteren Beamtenverhältnis liegt.

Beispiel:

Ist eine Beamtin beispielsweise vier Monate nach dem Monat der Geburt des Kindes aus einem (früheren) Beamtenverhältnis entlassen worden, begründen die restlichen acht Monate einer zu berücksichtigenden Kindererziehungszeit vor der Berufung in ein (späteres) Beamtenverhältnis einen Anspruch auf die Gewährung eines Kindererziehungszuschlags.